

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dr. Norbert Lammert, Bernd Neumann (Bremen), Renate Blank, Steffen Kampeter, Hartmut Koschyk, Anton Pfeifer, Hans-Peter Repnik, Dr. Wolfgang Schäuble, Dr. Erika Schuchardt, Margarete Späte, Erika Steinbach, Dr. Rita Süssmuth und der Fraktion der CDU/CSU**

### **Jüdisches Museum, Topographie des Terrors, Mahnmal für die ermordeten Juden Europas**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Deutsche Bundestag hat nach einer jahrelangen öffentlichen Debatte am 25. Juni 1999 die Entscheidung für die Errichtung des Mahnmals für die ermordeten Juden Europas in der Mitte Berlins getroffen und zugleich eine Stiftung mit der Umsetzung dieses Beschlusses beauftragt. Er hat damit die Zusage der früheren Bundesregierung bekräftigt, gemeinsam mit dem Land Berlin und dem Initiativkreis ein nationales Mahnmal zu errichten, für das damals Investitionskosten von 15 Mio. DM vorgesehen waren.

Inzwischen hat die Bundesregierung entschieden, auch für das Jüdische Museum Berlin, das einschließlich der Entscheidung für einen großen Neubau bislang als Berliner Museum in der Verantwortung des Landes war, vollständig durch den Bund zu übernehmen und die damit verbundenen Investitions- und Betriebskosten zu tragen. Eine ähnliche Bereitschaft besteht für die Topographie des Terrors nicht, deren Realisierung unsicher geworden ist, nachdem erhebliche Kostensteigerungen aufgetreten sind, an denen sich der Bund – im Unterschied zum Jüdischen Museum – nur in Höhe seiner ursprünglichen Zusagen beteiligen will.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. Das Denkmal für die ermordeten Juden Europas ist wie das Jüdische Museum und die Topographie des Terrors Bestandteil einer nationalen Dokumentation über die Entwicklung und Zerstörung jüdischen Lebens und jüdischer Kultur in der deutschen Geschichte. Die Darstellung jahrhundertelangen Zusammenlebens und Zusammenarbeitens, die systematische Vernichtung der Juden durch das nationalsozialistische Terrorregime und die Erinnerung an die Opfer bilden eine Einheit, deren Sinnzusammenhang baulich und konzeptionell gesichert und gewahrt werden muss. Die Verbindung dieser drei Institutionen kann und muss zugleich ausschließen, dass Dokumentationen, Ausstellungen, Archive, Bibliotheken sowie Seminar- und

Vortragsräume ohne zwingende Notwendigkeit mehrfach vorgehalten werden.

2. Für alle drei Projekte sind durch die Beauftragung international renommierter Architekten bauliche Lösungen gefunden worden, die ein überzeugendes äußeres Zeichen sind für das Anliegen, das an diesen Stätten zum Ausdruck kommen soll. Der Deutsche Bundestag bekräftigt sein Interesse an der Fertigstellung aller drei Projekte und einem überzeugenden Konzept ihrer jeweiligen, aufeinander bezogenen Arbeit.
3. Die getroffenen Grundsatzentscheidungen der Regierungen und Parlamente von Bund und Land Berlin rechtfertigen in keinem der drei Fälle beliebige Kostenentwicklungen, vielmehr muss bei allen drei Projekten sichergestellt werden, dass die beabsichtigten Lösungen unter Berücksichtigung der finanziellen Belastung der öffentlichen Haushalte und ihrer anderen Verpflichtungen so kostengünstig wie möglich umgesetzt werden. Dies gilt sowohl für die baulichen Investitionen wie für die späteren Betriebskosten.
4. Nach der Entscheidung des Deutschen Bundestages, die Kosten für das Mahnmal vollständig zu übernehmen, bleiben Bund und Land Berlin aufgefordert, für die beiden anderen Einrichtungen in gemeinsamer Verantwortung eine Lösung zu finden, die ihre Fertigstellung und künftige Arbeit dauerhaft sichert. Es gibt keinen überzeugenden Grund, dass der Bund dies für das Jüdische Museum sicherstellt und für die Topographie des Terrors offen lässt.
5. Der Deutsche Bundestag erwartet bis zum Jahresende eine mit dem Land Berlin abgestimmte Gesamtkonzeption der Bundesregierung über die Verbindung von Jüdischem Museum, Topographie des Terrors und Mahnmal für die Ermordeten Juden Europas, die noch zu finanzierenden Investitionskosten sowie die mittel- und langfristigen Aufwendungen für die Arbeit aller drei Institutionen. Dazu gehört auch die beabsichtigte Lösung für die im Bundestagsbeschluss vom 25. Juni 1999 bekräftigte Verpflichtung, „der anderen Opfer des Nationalsozialismus würdig zu gedenken“.

Berlin, den 10. Oktober 2000

**Dr. Norbert Lammert**  
**Bernd Neumann (Bremen)**  
**Renate Blank**  
**Steffen Kampeter**  
**Hartmut Koschyk**  
**Anton Pfeifer**  
**Hans-Peter Replik**  
**Dr. Wolfgang Schäuble**  
**Dr. Erika Schuchardt**  
**Margarete Späte**  
**Erika Steinbach**  
**Dr. Rita Süßmuth**  
**Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion**